

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002489/2025/rev.1
an die Kommission**
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Petra Steger (PfE)

Betrifft: Teilnahme von EU-Institutionen an der „Vienna Pride 2025“

Am 5. Juni 2025 wurden die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments vom Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich zur „Vienna Pride 2025“ eingeladen. Beworben wurde die Veranstaltung nicht nur mit der angekündigten Teilnahme der sich auf internationalem Parkett zunehmend blamabel gebärdenden österreichischen Außenministerin Beate Meinl-Reisinger, sondern auch mit der aktiven Präsenz zahlreicher EU-Institutionen – darunter die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) sowie die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich.

Die Beteiligung dieser Einrichtungen illustriert erneut die kulturpolitische Agenda der EU, die auf die Zerstörung der gewachsenen europäischen Zivilisation, traditioneller Werte und der klassischen Familie als Keimzelle der Gesellschaft abzielt. Zudem fiel die Veranstaltung in eine Zeit nationaler Trauer infolge des Amoklaufs in Graz – ein pietätloser Umstand, der Fragen nach der politischen Sensibilität sowie der ideologischen Positionierung öffentlicher Institutionen aufwirft.

1. Auf welcher politischen oder rechtlichen Grundlage und mit welcher konkreten Zielsetzung rechtfertigt die Kommission die Teilnahme und öffentliche Unterstützung ihrer Vertretungen bei der „Vienna Pride 2025“?
2. Warum wurde die Teilnahme der Kommission angesichts der nationalen Trauer infolge des Grazer Amoklaufs nicht aus Pietätsgründen zurückgezogen?
3. Wie hoch waren die Gesamtausgaben der Kommission im Zusammenhang mit der „Vienna Pride 2025“, einschließlich EU-Wagen, Werbematerialien und Personalaufwand?

Eingang: 20.6.2025